

Sicherheitsprodukte für die nationale und internationale Praxis

Breite Angebotspalette der drei Genfer Zentren

Die drei Genfer Zentren für Sicherheitspolitik, für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte und für humanitäre Entminung bieten praxisorientierte Leistungen an. Diese internationalen Stiftungen unterhalten enge Beziehungen zur Uno, zur Nato und zur OSZE.

Lz. Seit bald zehn Jahren beteiligt sich die Schweiz in unterschiedlicher Intensität an verschiedenen Programmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) der Nato. Dabei konzentriert sich das öffentliche Interesse zumeist nur auf das militärische Engagement – mit andern Worten: auf die etwas über 200 Soldaten und Soldatinnen starke Schweizer Kompanie (Swisscoy) unter Führung der Kfor in Kosovo. Nicht minder wichtig sind indessen die Beiträge, welche die drei Genfer Zentren für Sicherheitspolitik, für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte und für humanitäre Entminung liefern.

Strategischer Wandel

Diese international geschätzten Leistungen – Ausdruck der schweizerischen Strategie zur Friedensförderung – sind jedoch praktisch nur einem kleinen Zirkel von Sicherheitsexperten bekannt. – Gegründet wurden diese Institutionen im Zuge des zu Beginn der neunziger Jahre einsetzenden weltpolitischen Wandels. Der heutige Direktor des Zentrums für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte, Botschafter Theodor Winkler, hatte damals im Verteidigungsdepartement (VBS) die Idee, die vom Bund in Genf geschaffenen Zentren für sicherheitspolitische Lehr- und Beratungsaktivitäten in einem Gebäude zusammenzuführen.

Quasi in einem «supermarché de la paix», wie er sagte, sollten Synergien zwischen Instituten der Genfer Universität und dem Bund gewonnen werden. Eine Fusion stand aber nie zur Diskussion. Hingegen nehmen die drei Zentren heute Aufgaben im logistischen und administrativen Bereich gemeinsam wahr; der Bereich der Informationstechnologie ist integral vernetzt. Die Nähe zum Genfer Uno-Sitz bietet zudem die Möglichkeit, ausländische Diplomaten und Sicherheitsexperten auf einfache Art beizuziehen.

Der Bau des in Aussicht genommenen «Maison de la Paix», wo das neue Institut de hautes études internationales et du développement Einzug nehmen soll, hat mit den Genfer Zentren nur am Rande zu tun; für das VBS wird sich nichts ändern. Denn das Departement beteiligt sich, wie dessen Finanzchef, Hansruedi Sieber, erläuterte, nicht am Bau. Hingegen besteht die Möglichkeit, Räume im neuen «Maison de la Paix» zu mieten. Dafür stehen jährlich weiterhin 2,9 Millionen Franken zur Verfügung, die für Mietkosten im Budget eingestellt sind. Die jetzt in zwei Gebäulichkeiten eingemieteten Zentren bleiben aber frei, ob sie umziehen oder lieber am angestammten Platz arbeiten wollen. Gesamthaft wendet das VBS für die Zentren rund 20 Millionen Franken pro Jahr auf. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) engagiert sich jährlich mit 10,5 Millionen Franken.

Privatrechtliche Stiftungen

Die Zentren, die als privatrechtliche Stiftungen mit breiter und prominenter internationaler Beteiligung organisiert sind, haben jeweils eine Leistungsvereinbarung mit dem VBS und dem EDA abgeschlossen. Die ausländische Präsenz ist beachtlich: Im Stiftungsrat des Zentrums für Sicherheitspolitik beispielsweise finden sich 33 Staaten – die sich an den Kosten beteiligen, wie dies auch in den anderen Zentren der Fall ist – und der Kanton Genf. Das VBS und das EDA sind in den drei Stiftungsräten durch Funktionsträger auf den Stufen Botschafter und Generalsekretär vertreten, welche darüber wachen, ob die jeweiligen Jahresziele erreicht worden sind.

Vorsitzender des Stiftungsrates des Zentrums für humanitäre Entminung beispielsweise ist der ehemalige Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), Cornelio Sommaruga. Und in den Beiräten der Zentren für Sicherheitspolitik und für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte finden sich etwa der ehemalige schwedische Ministerpräsident Carl Bildt und der frühere Vorsitzende des Nato-Militärausschusses, General Klaus Naumann.

Die Zentren unterscheiden sich in ihrer Ausrichtung deutlich von Hochschulinstituten, die sicherheitspolitische Studiengänge anbieten. Wie Theodor Winkler erklärte, geht es nicht darum, Studenten auszubilden und auf einen akademischen Abschluss vorzubereiten. Das Schwergewicht liegt bewusst auf der praxisorientierten Sicherheitsforschung und der operationellen Sicherheitsberatung. Es ist das Ziel der Genfer Zentren, konkrete Resultate an Ort und Stelle zu erbringen. Dafür braucht es entsprechendes Wissen, das Schweizer Universitäten gewöhnlich nicht zur Verfügung steht. Die Mitarbeiter der Zentren sind denn auch vielfach Diplomaten und Militärs mit Berufserfahrungen.

Enge Beziehungen zu staatlichen Fachstellen oder internationalen Organisationen sind unerlässlich. So untersucht etwa das Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte im Auftrag der Uno, wie die inneren Sicherheitsstrukturen in Kosovo künftig gestaltet werden könnten. Zudem bildet es im Rahmen des grössten regionalen Grenzschutz-Programms auf dem westlichen Balkan an Ort und Stelle rund 1000 Grenzschilder pro Jahr aus. Diese Aktivitäten haben sich gemäss Winkler im Kampf gegen die illegale Immigration günstig ausgewirkt. Und zusammen mit den Staaten der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft wird ein Verhaltenskodex für die Sicherheitskräfte im krisengeschüttelten Westafrika erarbeitet.

Breites sicherheitspolitisches Angebot

Die sogenannte Sicherheitssektor-Reform, das heisst: die Schaffung tragfähiger Sicherheitsstrukturen als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, gehört zu den weltweit führenden Kernkompetenzen von Theodor Winklers Institution. Allein schon aus solchen Gründen ist die Abstützung auf das VBS und das EDA hilfreich.

Das gilt ebenfalls für das von Botschafter Stephan Nellen geleitete Zentrum für humanitäre Entminung. Diese Institution widmet sich nicht der klassischen Sicherheitspolitik, sondern sie

nimmt sich unter humanitären Vorzeichen des Themas «Menschliche Sicherheit» an. Sie sammelt die aus Krisengebieten gewonnenen Erkenntnisse über Entminungen und hält diese in auf die Bedürfnisse der Uno zugeschnittenen Standards und Datenbanken zur Verfügung. Sie steht überdies mit Expertenwissen für nationale Entminungsprogramme, die Uno und für Nichtregierungsorganisationen bereit. Zudem unterstützt das Minenzentrum in seiner Funktion als Sekretariat der Ottawa-Konvention für ein Verbot der Personenminen die Umsetzung des Abkommens und organisiert dabei verschiedene Konferenzen.

Auf eine zehnjährige Geschichte blickt das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik zurück, das gegenwärtig von Professor Fred Tanner in Vertretung von Botschafter Gérard Stoudmann interimistisch geführt wird. Das Zentrum, dessen Stab neben Akademikern auch ausländische Diplomaten und Offiziere umfasst, bietet eine breite Palette von Ausbildungsmöglichkeiten im sicherheitspolitischen Bereich an, unter anderem auch solche im Rahmen des individuellen Programms der Partnerschaft für den Frieden. Die Hauptkurse werden gebührenfrei angeboten, doch übernehmen die betreffenden Länder die Kosten für den Aufenthalt der Teilnehmer in Genf und für deren Saläre.

Zugang zu EU-Projekten

Eine Reihe von langfristigen Kursprogrammen zur Vertiefung des sicherheitspolitischen Wissens, wie es für die Tätigkeit in Diplomatie und Streitkräften nötig ist, und auf spezielle Bedürfnisse zugeschnittene Ausbildungsgänge bestimmen die Jahrespläne des Zentrums. So haben allein in den letzten zwei Jahren 300 Berufsmilitärs und 200 Milizoffiziere der Schweizer Armee sowie zahlreiche Angehörige ausländischer Streitkräfte in verschiedenen Ausbildungsmodulen in Genf eine Zusatzausbildung erhalten. Und auch für angehende Schweizer Diplomaten werden regelmässig Kurse durchgeführt. Schliesslich findet ebenfalls die Ausbildung des schweizerischen Expertenpools für zivile Friedensförderung am Sicherheitszentrum statt.

Neu ins Programm aufgenommen wurde überdies ein gemeinsam mit der Universität Genf durchgeführter Ausbildungsengang, der mit dem Diplom eines Master of Advanced Studies in International and European Security abgeschlossen werden kann. Mit dem Ziel, den Zugang zu EU-Projekten zu erleichtern, nimmt ein französischer Botschafter, der Diplomatie und Mediation unterrichtet, die Interessen des Zentrums in Brüssel wahr, wo vom neuen European Security and Defence College zusätzliche Impulse für die praktische sicherheitspolitische Forschung erwartet werden.

Die enge Zusammenarbeit mit der Nato, der OSZE und der Uno, welche auch eine internationale Vernetzung im persönlichen Bereich mitbringt, ist einer der Hauptvorteile der drei Genfer Zentren. So gibt es immer wieder Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die später in ihren jeweiligen Ländern Schlüsselfunktionen einnehmen, wie etwa der jetzige serbische Generalstabschef, der sich im Zentrum für Sicherheitspolitik ausbilden liess. Mit den drei Institutionen beschreitet der Bund keinen kostspieligen Sonderweg. Auch andere Länder wie beispielsweise Grossbritannien mit seiner Defence Academy in Shrivenham bewegen sich auf einer ähnlichen Linie. Und das amerikanisch-deutsche George C. Marshall Center in Garmisch-Partenkirchen gehört ebenfalls in diese Kategorie.

Leistungen wie jene der Zentren für humanitäre Entminung und für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte sind als moderne Form der Guten Dienste aufzufassen.